



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Bundesratswahlen
Für Rückfragen	Tiana Moser, Fraktionspräsidentin, +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	13. Dezember 2011

### Grünliberale unterstützen Widmer-Schlumpf mit einer klaren Mehrheit

Die Grünliberalen stehen zur Konkordanz und anerkennen den arithmetischen Anspruch der SVP und SP auf zwei Bundesräte im Grundsatz. Nach dem Verhalten der SVP, den Drohungen ans Parlament und dem fragwürdigen Kandidatenwechsel in den letzten Tagen können die Grünliberalen heute der SVP den zweiten Sitz nicht mehr zugestehen. Die SVP hat den zweiten Sitz in den letzten Tagen mutwillig und aus eigener Schuld aufs Spiel gesetzt. Der Anspruch der SP ist in der glp Fraktion unbestritten, die Grünliberalen werden im letzten Wahlgang grossmehrheitlich Berset unterstützen.

Die Grünliberalen stehen nach wie vor zu den Regeln der Konkordanz und akzeptieren grundsätzlich den Anspruch der SP und der SVP auf je einen zweiten Sitz.

Angesichts der unschönen Entwicklungen der letzten Woche und davon ausgehend, dass die SVP erneut ihre Interpretation der Konkordanz, dem Rest der Räte aufzwingen und nur den Sitz von Frau Widmer-Schlumpf angreifen will, spricht sich die Grünliberale Fraktion grossmehrheitlich für Frau Eveline Widmer-Schlumpf im 2. Wahlgang aus und wird im 6. Wahlgang mehrheitlich den bisherigen Johann Schneider-Ammann wählen.

Den Sitzanspruch der BDP auf den ersten Sitz sowie der FDP auf einen zweiten Sitz stellen die Grünliberalen aber grundsätzlich in Frage. Die heutige Entscheidung der Grünliberalen basiert auf dem Verhalten der SVP der letzten Tage sowie auf dem Wunsch nach Stabilität für die Schweiz und der Erhaltung einer 4:3 Mehrheit für die Energiewende.

Die Grünliberalen werden unabhängig vom Resultat der morgigen Bundesratswahl weiterhin auf alle Parteien zugehen um sachbezogen Mehrheiten zu schaffen. Die Bewältigung der kommenden Herausforderungen unseres Landes soll wieder im Vordergrund stehen.